

Thomas Lieberwirth Karl-Marx-Str. 30, 01917 Kamenz

Stadtverwaltung Kamenz
Herr Oberbürgermeister Dantz
Markt 1
01917 Kamenz

Karl-Marx-Str. 30
01917 Kamenz
Telefon 03578 – 30 30 55
Telefax 03578 – 30 30 55
Thomas.Lieberwirth@t-online.de

Kamenz, den 04.12.2022

Antrag auf Änderung der Elternbeitragssatzung für Kindereinrichtungen und Kindertagespflege ab 01.01.2023 (Beibehaltung der Elternbeiträge auf bisherigem Niveau)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dantz,

hiermit stellt die Fraktion DIE LINKE nachfolgenden Dringlichkeitsantrag zur Beratung in der nächstmöglichen Sitzung des Stadtrates:

1. Die mit Mitteilungsvorlage SR/MV/3517/2022 vom 24.11.2022 im Kultur- und Sozialausschuss angekündigte Erhöhung der Elternbeiträge lt. Elternbeitragssatzung für Kindereinrichtungen und Kindertagespflege ab dem 01.01.2023 wird gestoppt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Elternbeitragssatzung auf dem 01.01.2023 mit dem Niveau des Vorjahres zu erlassen.
2. Der Stadtrat beschließt die Abänderung bisheriger diesbezüglicher Satzungen bzw. Beschlüsse zur Verfahrensweise der Erhöhung von Elternbeiträgen – konkret § 4 Abs. 3 der Elternbeitragssatzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege mit Stand vom 01.01.2020 (SR/BV/2647/2019) - und beauftragt den Oberbürgermeister ab sofort, jährlich dem Stadtrat eine Anpassung der Elternbeitragssatzung zur Entscheidung vorzulegen.

Hierfür wird beantragt, § 4 Abs. 3 der Elternbeitragssatzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege mit Stand vom 01.01.2020 (SR/BV/2647/2019) zu streichen und wie folgt neu zu fassen:

Die Höhe der zu entrichtenden Elternbeiträge je Betreuungsform und -zeit sind vorab vom Stadtrat zu beschließen und in der Anlage 1 zu dieser Satzung geregelt. Die Beschlussfassung erfolgt jährlich aufgrund der jeweils aktuellen Zahlen.

Begründung:

Die letzte Einwohnerversammlung und nicht zuletzt zahlreiche Gespräche mit EinwohnerInnen verdeutlichen die dramatische Lage für viele Haushalte und Gewerbetreibende in unserer Stadt. Es gilt nicht nur Probleme an-

zusprechen, sondern diese mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch anzugehen. Wir können nicht abwarten, wie und wann entsprechende „Bremsen“ oder „Deckel“ wirken werden.

Vor allem die hohe Inflationsrate insgesamt und die drastisch steigenden Kosten für Strom, Gas und anderen Energieträgern führen bereits jetzt zu massiven finanziellen Engpässen in vielen Haushalten.

Insofern war nicht nur die Fraktion DIE LINKE, sondern sehr viele Eltern der Stadt Kamenz darüber erschüttert, dass die Stadt Kamenz einen dramatischen Anstieg der Elternbeiträge für die Nutzung der Kindereinrichtungen plant.

Eine Erhöhung der Elternbeiträge in der von der Verwaltung festgelegten Höhe verstärkt die finanziellen Probleme gerade in Familien mit Kindern weiter. Diese haben nicht nur unter der anvisierten Erhöhung der Beiträge durch die Stadtverwaltung zu leiden, sondern auch an gestiegenen Versorgungskosten (Essensbeiträgen) in den Einrichtungen. Überdies nehmen Familien mit mehreren Kindern ganz besonders an der Inflation teil. Diese kann schon lange nicht mehr mit der Erhöhung des Kindergeldes oder mit der Erhöhung von Kinderfreibeträgen kompensiert werden.

Es muss von Seiten der Stadt Kamenz sichergestellt werden, dass Eltern ihre Kinder auch wieder – finanziell verkraftbar – 9 Stunden in die Einrichtungen schicken können. Für den Binnenmarkt der Stadt Kamenz, für Gewerbetreibende und Arbeitgeber in der Stadt ist es schwer zu verkraften, wenn Eltern ihre Kinder nur noch verkürzt in die Einrichtung bringen werden, um irgendwie Geld zu sparen. Wir müssen als Stadträte hier zwingend Handeln!

Ziel des vorliegenden Antrags ist es, die Elternbeiträge stabil zu halten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage die finanziellen Auswirkungen der geplanten Erhöhung auf den Haushalt nicht benannt. Nach eigenen Berechnungen auf der Basis der Belegungen des Jahres 2021 liegen sie bei 159 TEuro Mindereinnahmen über alle Kindertageseinrichtungen in der Stadt Kamenz.

Zur Gegenfinanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten hat der Freistaat Sachsen eine Erhöhung der Kita-Pauschale um 200 Euro ab dem 1.1.2023 beschlossen, die im bisherigen Haushaltsentwurf der Stadt fehlt.

Weitere Unterdeckungen sind durch die Verwaltung zu ermitteln und im Haushaltsverfahren für 2023 auszugleichen. Als Ausgleich schlägt die Fraktion DIE LINKE folgende Möglichkeiten vor:

1. Verschiebung des Personalaufbaus lt. Seite 21 des Vorberichtes:

- *Projektleiter Neubau Lessing-Bad im Dezernat Stadtentwicklung u. Bauwesen – befristet in Abhängigkeit von der Umsetzung der Maßnahme mit 90%iger Förderung aus dem Programm STARK*
- *Fachkraft Qualitätsmanagement im Fachbereich Familie, Bildung u. Soziales*
- *Projektleiter Digitalisierung/Organisation im Dezernat Service u. Finanzen*
- *Assistenz des Sachgebietsleiters Service, Ordnung u. Sicherheit und eine Sachbearbeiterstelle für Allgemeine Ordnungsaufgaben*
- *2 Hausmeister im Hausmeisterpool – entsprechend der durchgeführten Stellenbemessung*

2. Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in der benötigten Höhe

2021: 5.251.229,13 Euro
2022: 6.867.590,00 Euro + 1.616.360,87 Euro zu 2021
2023: 8.157.350,00 Euro + 2.906.120,87 Euro zu 2021

Dringlichkeit

Die besondere Dringlichkeit des Antrags ergibt sich aus der durch die Verwaltung geplanten Erhöhung der Elternbeiträge zum 01.01.2023. Durch die zeitnahe Beratung des vorliegenden Antrags (Stadtrat am 8.12.2022 und 14.12.2022) kann diese verhindert werden und die entsprechende Änderungssatzung erlassen sowie Anpassungen in der Haushaltsplanung erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Alex Theile
Fraktionsvorsitzender

Volker Johné

Jens Fichte

Thomas Lieberwirth
stellv. Fraktionsvorsitzender